

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 D4 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 06 86 846 ppbn d



Inhalt

Bruno Friedrich MdEP, Vizepräsident des Europäischen Parlaments und Vorsitzender des SPD-Bezirks Franken, begründet die Forderung des fränkischen SPD-Bezirksvorstandes nach einer Fortschreibung des Godesberger Grundsatzprogramms der SPD.

Seite 1-3

Gerhard Jahn, Präsident des Deutschen Mieterbundes, setzt sich für Beibehaltung des Mieterschutzes, Sofortprogramme im sozialen Mietwohnungsbau und Abschöpfung bisher steuerfreier Gewinne bei Haus- und Grundbesitz ein.

Seite 4/5

Wolfgang Clement, Sprecher des SPD-Vorstandes, fragt nach dem politischen Handlungsspielraum, den die Unions-Länderfürsten dem CDU-Vorsitzenden Kohl noch lassen.

Seite 6

Harald B. Schäfer, Vorsitzender der Enquete-Kommission "zukünftige Kernenergie-Politik" des Deutschen Bundestages, bezeichnet den Neubau von Kernkraftwerken derzeit nicht verantwortbar.

Seite 7/8

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 8 12-1

36. Jahrgang / 181

23. September 1981

Das Godesberger Grundsatzprogramm muß fortgeschrieben werden

Zur Forderung der fränkischen SPD an den Bundesparteitag 1982

Von Bruno Friedrich MdEP

Vizepräsident des Europäischen Parlaments und Vorsitzender des SPD-Bezirks Franken

Die Forderung, das Godesberger Grundsatzprogramm fortzuschreiben, vom Vorstand des SPD-Bezirks Franken als Antrag an den Bundesparteitag 1982 in München gerichtet, hat in der SPD spontane Zustimmung, aber auch Skepsis ausgelöst. Skeptiker fragen: "Muß dies, gerade jetzt, in dieser Situation sein?" Die Antwort lautet: "Ja, es muß sein! Jetzt!" Die Diskussion über die fundamentalen Positionen der SPD, dies ist die Meinung in Franken, darf nicht aufgeschoben werden. Sollte diese Auffassung in der Partei umstritten sein, dann wird es darüber eine - möglicherweise leidenschaftliche - Debatte geben.

Zunächst muß der Ordentliche Bezirksparteitag der fränkischen SPD am 24. Oktober über diesen, im Vorstand mit großer Mehrheit beschlossenen Antrag befinden. Sollte er in Nürnberg angenommen werden, dann hat die Antragskommission zum Bundesparteitag, der alle Landes- und Bezirksorganisationen angehören, eine Empfehlung an den Parteitag in München zu geben. Der Parteitag im April 1982 entscheidet.

Kurz: einer Diskussion um die künftigen Grundsatzfragen der SPD kann nicht mehr ausgewichen werden. Diese Diskussion ist eröffnet. Sie wird ihre eigene Dynamik entwickeln, niemand kann sie aufhalten, selbst wenn man dies beschliesst, wenn man die Berufung einer Programmkommission aufschoben sollte.



Die Programmkommission des Godesberger Grundsatzprogramms hat von 1954 bis 1959 gearbeitet. Die des Orientierungsrahmens '85 arbeitete von 1970 bis 1975. Sollte also der Münchner Parteitag 1982 eine Programmkommission zur Fortschreibung des Godesberger Programms einsetzen, dann wird man davon ausgehen müssen, daß eine Beschlußfassung über ein neues Programm nicht vor 1987 erfolgen kann.

Auf dem Höhepunkt der Koalitionskrise, am Ende der Sommerpause, haben erstzunehmende Kritiker, so Hans Heigert in der Süddeutschen Zeitung, den Parteien vorgeworfen, sie hätten sich zuweit vom Bürger entfernt, sie seien bequem geworden, sie versäumten es oder seien zu feige, über die Veränderungen in der Welt dem Bürger die Wahrheit zu sagen.

In der Tat. Bei allen Parteien hätte ein Koalitionsbruch zwischen SPD und FDP Anfang September Interpretationsverlegenheiten, bis hin zu semantischen Verkrampfungen ausgelöst. Die Koalitionspartner wußten, es würde sehr schwer sein, ihren Wählern die Gründe für ein Auseinandergehen überzeugend darzulegen. Die Aussagen der CDU/CSU-Opposition in dieser Phase waren dünn und schwach, ungenau und von Unsicherheit geprägt. Da gab es nichts, mit dem man einen Regierungsanspruch der CDU/CSU rechtfertigen konnte.

Das Bild einer Politik, die von der Hand in den Mund lebt, - das war die Selbstdarstellung aller Parteien in der Sommerpause - kann sich die Bundesrepublik nicht allzuoft leisten, nicht im Innern und nicht nach draußen. So bestätigt der enttäuschende politische Sommer 1981 nicht nur die Notwendigkeit eines strafferen Regierens, sondern auch die einer umfassenden Bestandsaufnahme der politischen Parteien über eine veränderte weltpolitische Lage.

Im fränkischen Antrag zur Erneuerung des Godesberger Programms wird ausdrücklich die These von der Notwendigkeit der Opposition als Voraussetzung einer politischen und geistigen Erneuerung der SPD abgelehnt. Wenn die SPD über 1984 hinaus Verantwortung tragen, wenn die SPD diese Regierungsperiode in der Koalition als Führungskraft überstehen will, dann muß sie den Mut haben, zu regieren und sich gleichzeitig politisch geistig zu erneuern. Der Wille zur Fortschreibung des Godesberger Grundsatzprogramms wäre ein Signal an alle für den Willen der Sozialdemokraten zu einem neuen geistig-politischen Aufbruch. Das Ausbleiben einer geistig-politischen Erneuerung der CDU/CSU-Opposition, die ihre Hoffnungen allein auf den inneren und äußeren Verschleiß der Regierungspartei SPD setzt, darf die SPD nicht bequem und denkfaul werden lassen.



Ausdrücklich wird im fränkischen Antrag gefordert, das Godesberger Programm bei Gültigkeit der Kapitel über die Grundwerte und die Grundforderungen des Sozialismus fortzuschreiben. Dies bedeutet, daß die Substanz von Godesberg 1959, der Wille der SPD, eine Volkspartei zu sein, nicht angetastet werden. Fortzuschreiben sind die Kapitel über internationale Zusammenarbeit, über Wirtschaft- und über Sozialpolitik; neuzuschreiben und besonders hervorzuheben sind die Kapitel über Europa, über die Dritte Welt, über Ökologie, über Energiepolitik und über Währungsfragen.

Der fränkische Antrag an den Bundesparteitag weist zugleich darauf hin, daß die Diskussion um das Godesberger Programm 25 Jahre zurückliegt. Es wurde zwischen 1954 und 1959 von einer Generation geschrieben, die geprägt war von den Lebenserfahrungen des Kaiserreiches, der Weimarer Republik, der Nazi-Diktatur. Zwischen der SPD von damals und der heutigen SPD darf nicht aus Gründen der zeitlichen Distanz eine unüberbrückbare Kluft entstehen. Über 80 Prozent der jetzigen Mitglieder der SPD sind nach der Verabschiedung des Godesberger Programms in die SPD eingetreten. In ihrem politischen Leben müssen sie mindestens einmal die Chance erhalten, sich an der grundsätzlichen Orientierung der Partei zu beteiligen; nur so ist für viele Menschen politisch-geistiges Engagement möglich. In Franken sind über 50 Prozent der Ortsvereinsvorsitzenden (es gibt dort 739 Ortsvereine) erst nach 1970 Mitglied der SPD geworden. Die Kontinuität in der Führung an der Spitze der SPD in den letzten 20 Jahren verdeckt zu oft, daß sich in den letzten zehn Jahren in der Sozialdemokratie die größte Umschichtung der Mitgliederstruktur in der Geschichte der Partei vollzogen hat. Geistige Diskussion wird dadurch immer mehr zum Reflex der Diskussionen in starken Gruppen, aber auch Minderheiten außerhalb der Partei. Die SPD verliert dadurch als eine das Ganze gestaltende Kraft für die große Mehrheit der Bürger an Profil. Die programmatischen Horizonte verschwimmen im aufgewirbelten emotionalen Staub, den kurzfristig hochgeputschte Themen erzeugen.

Aus all diesen Gründen ist der Beginn einer programmatischen Diskussion 22 Jahre nach der Verabschiedung des Godesberger Grundsatzprogramms unverzichtbar.

(-/23.9.1981/ks/hgs)

+ + +



Wohnungs- und Mietpolitik in den 80er Jahren

Zum Deutschen Mietertag 1981 in Freiburg

Von Gerhard Jahn MdB

Präsident des Deutschen Mieterbundes

Sozialer Wohnungsbau und soziales Mietrecht waren bisher unbestritten zuverlässige Stützen, auf denen die gesellschaftspolitische Aufgabe einer ausreichenden und gesicherten Wohnraumversorgung für alle Teile der Bevölkerung ruhte. Gegen beide wird in jüngster Zeit Sturm gelaufen. Es ist geboten, zu einigen Fragen klar Stellung zu beziehen.

Die Wohnraumversorgung in der Bundesrepublik Deutschland hat einen hohen Stand erreicht. Aber das darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß es in Großstädten und Ballungsgebieten eine wachsende Wohnraumverknappung gibt, die aus Sicht der Betroffenen "Wohnungsnot" ist. Diese "Wohnungsnot '81" ist gekennzeichnet durch ein starkes Gefälle in der Wohnraumversorgung

- zwischen Stadt und Land
- zwischen übertversorgten Haushalten mit höheren Einkommen und unterversorgten Haushalten mit durchschnittlichen und geringen Einkommen.

In diesem räumlichen wie personellen Versorgungsgefälle liegt auch der eigentliche Grund für die zunehmend kritisierte "Falschverteilung" von Wohnraum. Die Kritiker fordern, um die Schwierigkeiten zu beheben, die Freigabe der Mieten. Doch würde dieses "Patentrezept" an der Falschverteilung nichts ändern. Weder die Eigenheimbesitzer in ländlichen Gebieten noch gut verdienende Mieter in den Städten könnten dadurch zur Aufgabe ihres "gehorteten" Wohnraums gezwungen werden. Ein ungehemmter Mietpreisanstieg würde vielmehr zu Lasten der Einkommensschwachen und Durchschnittsverdiener in den Ballungsräumen gehen, die schon jetzt die Hauptleidtragenden der "neuen Wohnungsnot" sind.

Mieterschutz - fester Bestandteil des Netzes der sozialen Sicherung

Die zunehmend geforderte Auflockerung des Mieterschutzes, der ebenso ausdauernd wie irreführend für den Rückgang des freifinanzierten Mietwohnungsbaus verantwortlich gemacht wird, ist ein untaugliches Mittel zur Belebung der Baukonjunktur.

Ursache für den Rückgang des Mietwohnungsbaues sind die überproportional gestiegenen Grundstücks- und Baupreise; allein die Bauandpreise sind von 1969 bis 1981 um das



Dreifache, in den letzten vier Jahren im Schnitt um 50 Prozent, in den Ballungsgebieten sogar um 100 Prozent gestiegen. Den Todesstoß für den Mietwohnungsbau bedeutet jedoch der extreme Zinsanstieg: Allein dadurch erhöhten sich die Kostenmieten um zusätzliche zehn DM pro Quadratmeter. Das ist weit mehr als die meisten Bürger überhaupt für die Wohnung aufbringen können.

Staffelmieten, Zeitmietverträge und Erleichterungen im Mieterhöhungsverfahren - alle diese jetzt erhobenen Forderungen der Gegner des sozialen Mietrechts führen lediglich zu einer Erhöhung der Renditen im Wohnungsbestand. Dabei liegen auch jetzt schätzungsweise 90 Prozent des gesamten Bestandes - nämlich alle vor etwa 1975 mit vergleichsweise niedrigen Herstellungskosten errichteten Mietwohnungen - in der Gewinnzone, insbesondere, wenn man die zwischenzeitlich eingetretenen erheblichen Wertsteigerungen berücksichtigt.

Der Mietwohnungsbau wird unter den derzeitigen Preis- und Finanzierungsbedingungen auf absehbare Zeit unrentabel sein. Hinzu kommt ein hohes Risiko, ob auf der Grundlage freifinanzierter Neubauten bei der hohen Kostenmiete überhaupt Mieter zu finden sein werden. Warum sollte also jemand, der jetzt für seine bestehende Wohnung mehr Rendite erhält, gerade im unrentablen Wohnungsbau investieren? Hier wird eine Legende aufgebaut! Was wir brauchen, sind Wohnungen mit für Normalverdiener und Einkommensschwache tragbaren Mieten und nicht extrem teure Neubauwohnungen.

Die Lockerung des geltenden Mieterschutzes brächte keine Lösung der bestehenden Schwierigkeiten. Aber sie wäre ein Einschnitt in das Netz der sozialen Sicherung, der durch nichts gerechtfertigt ist.

Das soziale Mietrecht hat sich in den letzten Jahren als ein wichtiges Instrument zur Erhaltung des sozialen Friedens erwiesen. Dieser soziale Frieden darf nicht leichtfertig aufs Spiel gesetzt werden.

Sozialmietwohnungsprogramme unerlässlich

Aus der Struktur der "neuen Wohnungsnot" kann die Wohnungspolitik nur einen Schluß ziehen: Sie muß den sozialen Mietwohnungsbau in den Ballungsräumen verstärken und die öffentliche Förderung darauf konzentrieren.

Solange Mietwohnungen für die Bevölkerungsschichten fehlen, die sich aus eigener Kraft am "freien" Markt nicht versorgen können, ist es geradezu ein Luxus, wenn man so wie bisher daran festhält, von den 20 Milliarden DM, die jährlich einschließlich der steuerlichen Förderung vom Staat in den Wohnungsbau fließen, 75 Prozent als Subventionen für Eigentümer beziehungsweise für die Eigentumbildung ausgibt.

Eine krasse Fehlentscheidung ist es daher, wenn trotz notwendiger Einsparungen in den öffentlichen Haushalten die steuerliche Eigentumsförderung durch den Paragraph 7b erweitert wird. Alle Fachleute sind sich darüber einig, daß dies für die Ballungsräume keine Entlastung bringt. Die Mieter und Wohnungssuchenden haben dafür umso weniger Verständnis, als gleichzeitig die vom Deutschen Mieterbund, den kommunalen Spitzenverbänden, den Gewerkschaften und der SPD geforderten Sofortprogramme im sozialen Mietwohnungsbau abgelehnt werden, weil angeblich dafür keine Mittel zur Verfügung stünden.

Steuerliche Privilegierung von Grund und Boden beseitigen

In einer Zeit, in der allen Bürgern finanzielle Opfer abverlangt werden, in der die dringenden Probleme des Wohnungsmarktes nicht oder nur unbefriedigend gelöst werden können, weil die Mittel dafür fehlen, ist es auch sozial- und verteilungspolitisch nicht länger vertretbar, daß - wie der Vizepräsident des Bundesverfassungsgerichts, Professor Wolfgang Zeidler, es formuliert hat - "bei der Besteuerung des Grundeigentums das materielle Prinzip der Steuergerechtigkeit in einem solchen Maß mißachtet wird, daß seit 1948 von Einnahmeverzichten des Staates in Höhe von mehreren hundert Milliarden Mark ausgegangen werden kann". Es ist daher unumgänglich, eine soziale gerechte Lösung zu finden, wie die bisher steuerfreien Gewinne bei Haus- und Grundbesitz fiskalisch abgeschöpft werden können.

(-/23.9.1981/hj/hgs)



Was Kohl darf, und was nicht

Der CDU-Vorsitzende mit dem Rücken zur Wand

Von Wolfgang Clement

Sprecher des SPD-Vorstandes

Helmut Kohl hat mitteilen lassen, dass er den "Dattelner Friedensaufruf" nicht unterzeichnen wolle. Die Frage ist: Darf er nicht?

Der zeitliche Zusammenhang zwischen der Mitteilung Kohls und einer Erklärung des CSU-Landesvorstands vom Tag zuvor ist nicht zufällig, es ist auch ein politischer Zusammenhang. Der CSU ist der Dattelner Aufruf, der in sehr eindeutiger Weise den Nato-Doppelbeschluss unterstützt, ganz offensichtlich noch nicht wasserdicht genug. Strauss und Zimmermann, die Apologeten der Mittelstreckenraketen und der Neutronen bombe für Europa, halten die Union auf Rüstungskurs. Kohl ist machtlos gegen sie.

Dafür nimmt er billigend in Kauf, dass sein Generalsekretär Geissler erneut öffentlich desavouiert wird. Geissler hat die CDU-Mitglieder bekanntlich zur Unterstützung des Dattelner Aufrufs aufgefordert. Kohl lässt ihn vor aller Welt im Regen stehen. (Man erinnert sich: Auch den von Geissler präsentierten "Leitantrag" zum Hamburger Parteitag hat der CDU-Vorstand kürzlich in weiten Teilen korrigiert!)

Der Bruch zwischen dem CDU-Vorsitzenden und seinem Generalsekretär wird immer tiefer. Kohl, der sich schon mit Kurt Biedenkopf überwarf, lamentiert über angebliche Führungsschwächen anderer - aber in seinem eigenen Konrad-Adenauer-Haus brennt's!

Die politische Führungslosigkeit der Union in Bonn wird von den Landesfürsten der CDU/CSU ausgenutzt, wie die Diskussionen um den Haushalt '82 und um die Sicherheitspolitik unübersehbar zeigen. Stoltenberg und Albrecht, Späth und Strauss drängen nach vorn. Kohl steht nur noch mit dem Rücken an der Wand.
(-/23.9.1981/ks/hgs)

+ + +



Vorerst keine neuen Kernkraftwerke

Neubau von Kernkraftwerken entsorgungspolitisch zur Zeit nicht verantwortbar

Von Harald B. Schäfer MdB

Vorsitzender der Enquete-Kommission "Zukünftige Kernenergie-Politik"
des Deutschen Bundestages

Nach dem Beschluß der Regierungschefs von Bund und Ländern zur Entsorgung der Kernkraftwerke vom 26. September 1979 ist "die sichere Gewährleistung der Entsorgung der Kernkraftwerke eine der unabdingbaren Voraussetzungen für die weitere Nutzung und den weiteren begrenzten Ausbau der Kernenergie."

Zur Zeit ist die Entsorgung radioaktiven Abfalls praktisch nirgendwo realisiert, auch nicht in der Bundesrepublik. Das Ende der Entsorgungskette - ob mit oder ohne Wiederaufarbeitung der abgebrannten Brennelemente - ist offen, das Problem größtenteils ungelöst. An Laborexperimenten und -erfahrungen, an Papierstudien und planerischen Perspektiven mangelt es nicht, sie konnten aber kaum in der Praxis umgesetzt werden oder werden von der Wirklichkeit überholt. Die Entsorgung der Kernkraftwerke in der Bundesrepublik stützt sich vorläufig ausschließlich auf Überbrückungsmaßnahmen, wie:

1. Lagerung von abgebrannten Brennelementen im Kernkraftwerk selbst; aus Kapazitäts-erweiterungsgründen ist der Übergang zur Kompaktlagerung vorgesehen.
2. Verträge zur Übernahme abgebrannter Brennelemente durch ausländische Entsorgungsfirmen, vor allem durch die französische Wiederaufarbeitungsfirma COGEMA in La Hague, in bescheidenerem Umfang durch die englische BNFL (British Nuclear Fuels Limited).
3. Vorgesehene externe Brennelementenzwischenlagerung an den Standorten Ahaus/Nordrhein-Westfalen und Gorleben/Niedersachsen für abgebrannte Brennelementmengen entsprechend je 1.500 Tonnen Uran.
4. Schließlich Fortschritte bei der Erkundung und Erschließung eines Endlagers (Gorleben).

Jede dieser vier "Säulen" hat für sich allein schon Bruchstellen:

Zu 1: Das Verwaltungsgericht Darmstadt hat die Erweiterung der Brennelementlager in Biblis zur Kompaktlagerung als rechtswidrig bezeichnet. Eine Bestätigung dieses Urteils durch den Hessischen Verwaltungsgerichtshof in Kassel könnte die weitere Kompaktlagerung in der Bundesrepublik ausschließen. Der Entsorgungsengpaß würde dadurch zur Entsorgungsblockade werden. Das bayerische Verwaltungsgericht hat das Kompaktlager im Kernkraftwerk Isar I ausdrücklich aus "öffentlichem Interesse" vorläufig zugelassen, da anderenfalls das Kernkraftwerk im Winter 1983/84 seinen Betrieb einstellen müßte.

Zu 2: Die Verträge mit Frankreich schließen die Übernahme von Brennelementen im Fall höherer Gewalt, zum Beispiel bei Streiks, aus. Bis zur energiepolitischen Debatte des französischen Parlaments am 15. Oktober 1981 werden keine Brennelemente aus deutschen Kernkraftwerken angenommen. Die Entwicklung danach ist offen. Ab 1990 müssen zudem die radioaktiven Abfälle aus Frankreich in die Bundesrepublik zurückgenommen werden. Eine Standortplanung für den dann in der Bundesrepublik aufzunehmenden Atomüll liegt nicht vor.



Zu 3: Die Inbetriebnahme des Brennelement-Zwischenlagers in Ahaus ist nach einem politischen Vorbehalt der Düsseldorfer Landesregierung an den Nachweis der Entsorgbarkeit gebunden: "Zwischenlager dürfen keine Endlager werden."

Der Bau des Gorlebener Zwischenlagers verzögert sich mit Sicherheit durch Schwierigkeiten bei den notwendigen Genehmigungen.

Zu 4: Endlager. Die Zwischenergebnisse der Probebohrungen am Salzstock in Gorleben machen deutlich: Es ist nicht auszuschließen, daß der Salzstock für die Lagerung hochradioaktiven Mülls in notwendigem Umfang ungeeignet ist.

Alles in allem: Es besteht eine prekäre Entsorgungssituation. Das Anwachsen der Menge der mittel- und leichtradioaktiven Abfälle sowie die Ablehnung des von der DWK vorgeschlagenen Standorts Wethen für eine Wiederaufarbeitungsanlage in Nordhessen wegen nicht genügender geologischer Eignung runden das Bild ab. Gesundheitsgefahr wäre unverantwortlich.

Was folgt, wenn man die vier brüchigen Säulen nun zusammenbaut?

- I. Die Grundsätze zur Entsorgungsvorsorge vom 29. Februar 1980 binden den Betrieb und die Inbetriebnahme von Kernkraftwerken an den Nachweis der sicheren Lagerung der abgebrannten Brennelemente. Bei Nichteinhaltung dieser Vorschriften muß der Betrieb eingeschränkt beziehungsweise eingestellt werden.
- II. Die Neuerrichtung von Kernkraftwerken ist unter anderem an die Fortführung des laufenden Planfeststellungsverfahrens sowie Fortschritte bei der Erkundung und Erschließung eines Endlagers gebunden. Diese Bedingung ist gegenwärtig nicht erfüllt, der Neubau von Kernkraftwerken derzeit entsorgungspolitisch nicht verantwortbar.
- III. Außer in Gorleben müssen unverzüglich Probebohrungen an alternativen Standorten - mit Salzstöcken und anderen geologischen Formationen - auf ihre Eignung zur Endlagerung von radioaktiven Abfällen untersucht werden.
- IV. Entsprechend den Empfehlungen der Enquete-Kommission "Zukünftige Kernenergiepolitik" des 9. Deutschen Bundestages muß der sogenannte "Parallele Ansatz", das heißt die parallele Prüfung verschiedener Entsorgungstechniken mit und ohne Wiederaufarbeitung, intensiv weiter verfolgt werden.

Politisches Fazit:

Der relativ geringe Anteil der Kernenergie an der Energieversorgung in der Bundesrepublik erweist sich entsorgungspolitisch als Vorteil.

Die Bundesregierung wird sich bei der 3. Fortschreibung des Energieprogramms an ihren eigenen Grundsätzen zur Entsorgungsvorsorge für Kernkraftwerke orientieren müssen.

(-/23.9.1981/ks/hgs)

+ + +

